
GRENACHER

Liebe

Gertrud Häseli

Fünf Kinder grosszuziehen, als Biobäuerin 365 Tage im Jahr chrampfen und daneben als Gemeinderätin und Grossrätin noch versuchen, das, was Sie in Partnerschaft und Beruf praktizieren, in unser aller Leben einzubringen, nötigt mir gehörig Respekt ab.

Und dass Sie in ihrer politischen Arbeit konsequent einen eigenen Standpunkt vertreten und ihnen die öffentliche Reaktion ziemlich schnurz ist, mag ich ebenfalls.

So freut mich, dass auch Sie dagegen sind, dass der Kanton 61 Millionen in den S-Bahn-Ausbau zwischen Stein-Säckingen und Laufenburg verpulvert; eines der Themen, über das wir im Aargau in zwei Wochen abstimmen.

Dass 17 der 19 Grossräte aus dem Fricktal die Vorlage ebenfalls befürworten ist für sich allein noch kein Gütesiegel. Die Damen und Herren Kantonsparlamentarier haben es bis jetzt jedenfalls nicht geschafft, trübe Gründe gegen das vom Kanton vorgeschlagene Buskonzept ins Feld zu führen – das allgemeine Larifari über zuviel Verkehr auf der Strasse ist ein Argument von Vorgestern, inklusive dem seit Jahren herrschenden Totalversagen der Politik und des Planungsverbandes Fricktal Regio, die Problematik der Mobilität in unserer Gegend ganzheitlich und grenzenlos anzugehen.

Schliesslich bleiben die Befürworter auch schlüssige Grundlagen darüber schuldig, wie die vom Bund geforderten Werte für einen Halbstundentakt – 2000 Reisende täglich, also doppelt so viele wie jetzt – erreicht werden sollen. Die Zwängerei für die Zuglinie mag, was ich nicht hoffe, vielleicht an der Urne Erfolg haben – aber ich wette eine gute Flasche, dass keiner der Befürworterinnen und Befürworter das Portemonnaie zückt, wenn es später darum geht, dass die Allgemeinheit, also wir alle, das Defizit bezahlen müssen.

Dass Sie also, liebe Gertrud Häseli, Nein sagen zu diesem unsinnig hohen Verpflichtungskredit, das ehrt sie. Das tut übrigens auch ihr Ratskollege Bernhard Scholl aus Möhlin. Was ihn aber von Ihnen unterscheidet, Frau Häseli, ist seine folgerichtige Politik.

Neben dem S-Bahn-Kredit stimmen wir am 18. Juni im Aargau auch noch über die Einführung eines Ombudsmannes ab. Eine Vorlage, die irgendwie typisch ist für einen Staat, der sich immer mehr aufplustert und mittelmässig begabte Politiker oder Beamte in Abteilungen, Organisationen, Zweckverbänden oder Vereinen deponiert, wo sie dann wiederum beschäftigt sind, andere zu beschäftigen. Kosten wird die Stelle mit nullkommanull Weisungsrecht jährlich locker 700'000 bis 900'000 Franken – und damit nicht genug: Sie wird auch dazu führen, dass Mitarbeiter beim Kanton und bei den Gemeinden mit der Pflicht zu Antworten, Stellungnahmen und Begründungen zu einem Vorfall unnötig für die Katz belastet werden.

Ein riesiger Papiertiger also, der vielleicht das Gewissen der politischen Gschpürschmi-Fraktion beruhigen mag – aber wiederum, wie auch der S-Bahn-Ausbau, einzig und nur das Ego der Politikerinnen und Politiker bedient.

Der Allgemeinheit bringt ein Ombudsmann allerdings keinerlei Vorteile - und produziert neben heisser Luft bloss unnötige Kosten. Der Staat, liebe Frau Häseli, das wissen Sie doch als Bäuerin, darf und kann nicht einfach nur unser aller Geld ausgeben. Er muss sich stets auch fragen, ob die Kosten auch einen Nutzen haben.

Ihr Kollege Scholl hat dies begriffen und sagt neben dem S-Bahn-Ausbau auch Nein zum Ombudsmann. Das, Frau Häseli, nennt man konsistente Politik.



Christoph Grenacher
grenacher@azkolumne.ch